

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Dr. h. c. h. Auer
Verlag: Auer-Verlag
Erscheinungsort: Auer
Erscheinungstermin: Täglich
Erscheinungsjahr: 1922

Belegpreis: 10 Pf.
Anzeigenpreis: 10 Pf.
Abonnementpreis: 10 Pf.

Nr. 299

Mittwoch, den 27. Dezember 1922

17. Jahrgang

Deutschlands Antwort an Poincaré.

Zu der Rede des Ministerpräsidenten Poincaré im französischen Senat vom 21. d. M. wird von offizieller Stelle bemerkt: Poincaré sagte, das Zurückbleiben Deutschlands hinter dem Zahlungsplan des Londoner Ultimatus bedeute ein Moratorium, und der Versailler Vertrag gebe im Falle eines solchen Zurückbleibens Frankreich das Recht, sich Sicherheiten und Pfänder zu verschaffen. Demgegenüber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der Versailler Vertrag nicht nur die Verpflichtung Deutschlands zur Zahlung von Reparationen begründet, sondern zugleich in unzweifelhafter Weise das Prinzip festlegt, daß die Zahlungspflicht ihre Grenze jeweils in der Leistungsfähigkeit und in den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands finden soll. Auch sollen (nach Art. 251) die Ausgaben für die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen sowie allgemein die für die Erhaltung der Reparationsfähigkeit Deutschlands notwendigen Ausgaben den Vorrang vor allen finanziellen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag haben. Darüber, daß die Erfüllung des Londoner Zahlungsplanes die gegebenen Möglichkeiten übersteigt, ist sich alle Welt einig. Wenn die deutsche Regierung also eine Änderung dieses Planes beantragt und Vorschläge für eine anderweitige, den deutschen Fähigkeiten tatsächlich entsprechende Regelung macht, so erbittet sie sich damit nicht eine besondere Vergünstigung, sondern macht von einem im Vertrage ausdrücklich vorgesehenen Rechte Gebrauch.

Wieder eine Sachverständigenkonferenz.

Reichskanzler Dr. Cuno ist Freitagabend nach Hamburg abgereist, um das Weihnachtsfest dort zu verbringen, der Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Hamm hat sich nach München begeben. Entgegen allerlei Presse-meldungen über bereits fertiggestellte Entwürfe und ihren mutmaßlichen Inhalt wird an zuständiger Stelle erklärt, daß noch kein fertiger Entwurf vorliegt. Erst im Laufe dieser Woche werden die entscheidenden Beratungen zum Abschluß gelangen. Nach einer Meldung der amerikanischen „Associated Press“ spielen die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland bereit sein, der Einsetzung eines Komitees amerikanischer Industrieller zur Prüfung der Reparationsfrage ihre Zustimmung zu erteilen. Eine amtliche Mitteilung hierüber liegt noch nicht vor. Es kann einwieweil nur so viel gesagt werden, daß es sich hierbei um ein Komitee handelt, dem nicht nur Vertreter der Industrie angehören, sondern das sich aus Sachverständigen über-haupt zusammensetzt. Wenn es in der amerikanischen Meldung heißt, daß ein offizieller Plan bezüglich der Einsetzung eines solchen Komitees bereits besteht, so ist dazu zu bemerken, daß von deutscher Seite ein solcher Plan nicht unterbreitet worden ist. Vom deutschen Standpunkt aus wäre die Einsetzung einer derartigen Kommission durchaus zu begrüßen.

Amerika greift nur ein, wenn Frankreich es wünscht.

„Handelsblatt“ meldet aus New York: Die Washingtoner Regierung teile den alliierten Mächten inoffiziell mit, daß, sobald die auswärtige Lage einem Eingreifen der Vereinigten Staaten günstig sei, ein vom Präsidenten Harding ausgearbeiteter Plan zur Besprechung gebracht werden würde. Amerika warte jetzt auf die formelle Einladung. Die Regierung habe klargemacht, daß sie nicht beabsichtigt, sich gewaltsam in den europäischen Wirrwarr einzumischen. Insbesondere müsse Frankreich den unzweideutigen Wunsch nach der Hilfe Amerikas an den Tag legen. Vorher tut Amerika keinen formellen Schritt.

Harding verschiebt die Aktion.

Die „Times“ melden aus New York: Morgan hat am Mittwoch seine angekündigte Privatreise nach Europa ab-sagen lassen. In New York wird seit Donnerstag allge-mein versichert, die Hardingschen Vorschläge würden in-folge des scharfen Widerstandes Frankreichs überhaupt noch nicht der am 2. Januar zusammen-tretenden Konferenz in Paris zugehen, sondern erst zu einem viel späteren Datum. Der Senat tritt erst am 14. Januar wieder zusammen. Bis dahin sind keine Ent-scheidungen Hardings möglich.

Zwei Vorschläge der Regierung.

Die Vorbereitung der deutschen Vorschläge für die Pariser Konferenz hat noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. Den Fraktionsführern sind zwei Pläne im Umriß mitgeteilt worden. Der eine Plan scheint auf eine Währungsreform der in London gemachten Vorschläge für die Bewilligung eines Zahlungsaufschubes durch Aufbringung einer inneren Goldanleihe hinauszuweisen, während der andere die von den Indu-

strie geforderte endgültige Bestimmung der Re-parationszahlungen in Verbindung mit einer Aus-ländsanleihe zum Ausgangspunkt nimmt. Es liegt die Vermutung nahe, daß man sich schließlich auf eine Kombination der beiden Pläne einigt, also auf dem Plan einer endgültigen Festlegung der Reparations-leistungen als Voraussetzung der Ausländsanleihe in Verbindung mit einer inneren Stabilisierungsanleihe unter Garantie der Industrie und des Handels. Die Hauptschwierigkeit wird wohl in der Festlegung der Höhe des in Paris zu machenden Angebotes liegen.

Um die Devisenordnung.

Bei den Verhandlungen zwischen der Regierung und der Industrie ist wiederum auf die Notwendigkeit einer Abänderung der Devisenordnung hingewiesen worden. Wie seinerzeit, gingen auch diesmal die Bestrebungen dahin, an Stelle der handelsinhaberlichen Verordnung ein eigenes Gesetz zu schaffen, das dem legitimen De-visenankauf keine Schwierigkeiten bereitet, sondern sich nur scharf gegen Devisenspekulation und -hamsterel wen-det. Es wird gefordert, daß eine Revision der Bank-entziffern zur Nachprüfung der Devisengeschäfte vorge-nommen wird. Die zu spekulativen Specien erworbenen Devisen sollen durch das Reich beschlagnahmt werden können. Weiter wurde vorgeschlagen, den Kreis der zum Devisenhandel berechtigten Banken sehr eng zu fassen und bei Unterbrechung des Gesetzes sofort die Berechtigung zu entziehen.

Friedensruf des Papstes.

In einer Enzyklika des Papstes heißt es: Die Völker erfreuen sich noch nicht des wahren Friedens. Das ist traurige Wahrheit. Es ist notwendig, so wie die Trag-weite des Übels zu erkennen, ihre Ursachen aufzudecken und Schritte zum Studium des Übels zu unternehmen, um es zu bekämpfen. Das ist die Aufgabe Amerikas. Es herrscht noch immer offener Krieg. Am kürzesten Le-ben die Besiegten, aber auch die Sieger und selbst die Neutralen sind nicht verschont geblieben. Wiederholte Versuche von Politikern, das Übel aufzulösen, haben nichts genutzt, vielmehr durch Mißerfolge nur geschadet. Die Gefahr ist umso größer, als die Angst der Völker immer mehr zunimmt durch Gerüchte, daß in einem neuen Kriege die Mittel noch schrecklicher und hee-rzender wirken würden als im vergangenen. Man lebt in beständiger Angst und in Befürchtungen der Verlänge-rung der trostlosen Lage des besannenen Friedens, der fast den ganzen Krieg ohne Unterlaß bedeutet, der die Finanzen der Völker ruiniert, die Arbeit zerstört und die Einnahmequellen des physischen Intellektuellen ruiniert und das moralische Leben vergiftet. Nachdem die Enzyklika die sozialen Schäden der heutigen Lage gestreift hat, wendet sich der Papst den Ursachen des Übels zu und sagt, ein verlässlicher Friede, ein auf dem Papier stehender Friede habe die Nachgeister eher noch verschärft und die Eier nach materiellen Gütern. Notwendig sei vor allem eine Befriedigung der Herzen und Gemüter. Hierzu erforderlich sei Annäherung an Christus. Keine internationale Einrichtung könne den Nationen ein in-ternationales Recht geben wie wahrer Völkerbund der Christen.

Die Forderungen des Egerlandes.

Eine Abordnung des Egerlandes, bestehend aus den Bürgermeistern der drei Städte Eger, Mäh und Wild-bstein und den Abgeordneten Mayer und Marx, sprach beim Präsidenten Masaryk vor, um ihm eine Denkschrift des Egerlandes zu überreichen, mit der Bitte, den Wunsch des Egerlandes nach Selbstbestimmung zu unter-stützen. Die Abordnung vermahnt auf die Geschichte des Egerlandes, das seinerzeit nur als Pfandgut an Böhmen abgetreten worden sei, und dessen Sonderrechte niemals beseitigt worden sind. Das Egerland sei niemals in die historischen Grenzen Böhmens gefallen und könne daher nach den Bestimmungen des Friedensvertrages diesem Land rechtlich nicht einverleibt werden. Präsident Ma-saryk erwiderte der Abordnung, daß er über die Ge-schichte des Egerlandes nichts unterrichtet sei, und sag-te: „Ich achte auch die historischen Rechte an-derer, schon aus dem Grunde, weil wir für unser eigen-es Staatsrecht stets eingetreten sind und es verteidigt haben, doch dürfen diese historischen Rechte nicht im Widerspruch stehen mit einer einheitlichen Verwaltung.“ Der Präsident erklärte weiter, daß er die Angelegenheit dem Ministerrat unterbreiten werde.

Um die Zustimmung der egerländischen Bevöl-kerung zu demonstrieren, ruhte während der Vor-sprache der Abordnung beim Präsidenten in allen Kaufstädten und Geschäften des Egerlandes die Arbeit.

Geburtenrückgang in Frankreich.

Die beiden im „Journal officiel“ veröffentlichten französischen Bevölkerungsstatistiken für das erste Halbjahr 1922 übertrifft die schlimmsten Erwartungen, wenn man den gleichen Zeitraum des Vorjahres zum Vergleich heranzieht. Am deutlichsten geht dies aus folgender kleiner Uebersicht hervor:

	1922 (1. Halbj.)	1921 (1. Halbj.)
Geburten	396 726	421 180
Todesfälle	387 681	348 329
Geburtenüberschuß	9 045	72 851
Heiraten	193 454	238 185
Scheidungen	14 305	15 567

Während also einerseits die Zahl der Geburten um 25 000 geringer und andererseits die Zahl der Todesfälle um 40 000 größer war als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres, ergibt sich ein Geburtenüberschuß, der nur den achten Teil des vorjährigen Halbjahres aus-macht. Gleichzeitig ist die Zahl der in dem ersten Halb-jahr 1922 geschlossenen Ehen um 45 000 geringer als im ersten Halbjahr 1921.

In der Stadt Paris betrug bei einer Einwohnerzahl von rund drei Millionen der Geburtenüberschuß in dem angegebenen Zeitraum 1379 gegenüber 6473 im ersten Halbjahr 1921, während andererseits auf je 6,9 Ehe-schließungen eine Scheidung kommt.

Kleine politische Meldungen.

Ein hervorragender Sozialdemokrat für die große Kon-stitution. In einer Versammlung sozialdemokratischer Vertrauens-leute vertrat der bekannte Sozialreformer Professor Einzel-mer, dem Standpunkt, daß die sozialdemokratische Partei im Interesse der Erhaltung Deutschlands die Pflicht habe, das Re-parationsproblem gemeinsam mit der Industrie und ihrer politischen Vertretung, der Deutschen Volkspartei einer Lösung entgegenzuführen. Andernfalls trage sie die Verantwortung für Deutschlands Vernichtung. Angesichts der ungeheuren Ge-fahr müßten alle Bedenken gegen eine Beteiligung der Sozial-demokraten an einer Regierung, in der auch die deutsche Volkspartei mitwirkte, unbedingt zurückgestellt werden.

Nach der Aussprache wurde mit knapper Mehrheit eine Entschlüsselung angenommen, in der die Vertrauensleute der Frankfurter Parteiorganisation den Standpunkt Einzelmers der großen Koalition gegenüber entschieden ablehnten. (Die echten Parteimänner können eben nicht anders. Keine, blü-dererregende Parteibrille! Gott sei Dank! — Sie stirbt nicht aus in Deutschland.)

Klage der freien Berufe. Die Zentrumskraktion des Reichstages hat einen Antrag eingebracht, nach dem der dräuden-tliche Kolosse der freien Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte, Schrift-steller, Redakteure) dadurch entgegengekömmt werden soll, daß arbeitsfähige Angehörige dieser Berufe, die eine Familie zu versorgen haben, in geeigneten Verwaltungsstellen statt der dort tätigen unverheirateten Ausschüßkräfte beschäftigt werden, soweit dies ohne Benachteiligung anderweitig entbehrlich gemor-dener Beamten geschehen kann.

Nichthandwerker als Lokomotivführer.

In der Tagespresse ist in der letzten Zeit die Zulass-ung von Nichthandwerkern zum Lokomotivführerdienst als Gefährdung der Betriebssicherheit auf den Eisen-bahnen angegriffen worden. Zur Klärung des Sach-verhaltes bemerkt das Hauptbüro der Reichsbahn di- rektion Dresden hierzu folgendes:

Nach den früheren Bestimmungen mußte der Loko-motivführer gelernter Schlosser oder Schmied sein. Nach-dem nun die grundlegenden Bestimmungen über die Be-fähigung von Betriebs- und Polizeibeamten geändert worden waren, hat sich das Reichsverkehrsministerium entschlossen, vorerst versuchsweise Nichthandwerker in angemessener Zahl zum Lokomotivführerdienst heranzu-ziehen. Es handelt sich also zunächst um einen auf 1—2 Jahre berechneten Versuch, der umso berechtigter er-scheint, als auch in anderen Ländern, so in Belgien, Holland und den Vereinigten Staaten, vom Lokomotiv-führer eine handwerksmäßige Vorbildung nicht gefor-dert wird, ohne daß sich darauf irgendwelche Nachteile ergeben hätten. Bei Durchführung des Versuches wird eine scharfe Auswahl unter den zum Lokomotivführer-dienst heranzuziehenden Lokomotivführern erfolgen; es werden nur Ältere, mit den Verkehrsvoraussetzungen ver-trante Helfer ausgewählt werden; die Älteren die prak-tische und theoretische Lokomotivführerprüfung ablegen müssen. Vom technischen Standpunkt aus be- stehen keine grundsätzlichen Bedenken mehr, die Führung der Lokomotive auch einem Nichthandwerker anzu-über-tragen, wenn dieser den dafür erforderlichen Befähigungsnachweis in vollem Umfang erbracht hat; denn die Instandsetzungsarbeiten an der Lokomotive werden heute infolge der größeren Ausmaße und des komplizierteren Baues der Maschinen im allgemeinen nicht mehr vom Lokomotivführer, sondern gang und gäbe-